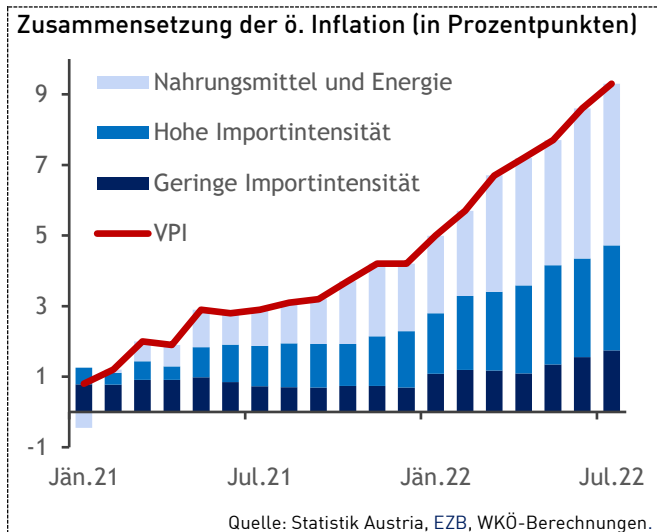




CHART OF THE WEEK

DER GROSSTEIL DER INFLATION IST IMPORTIERT

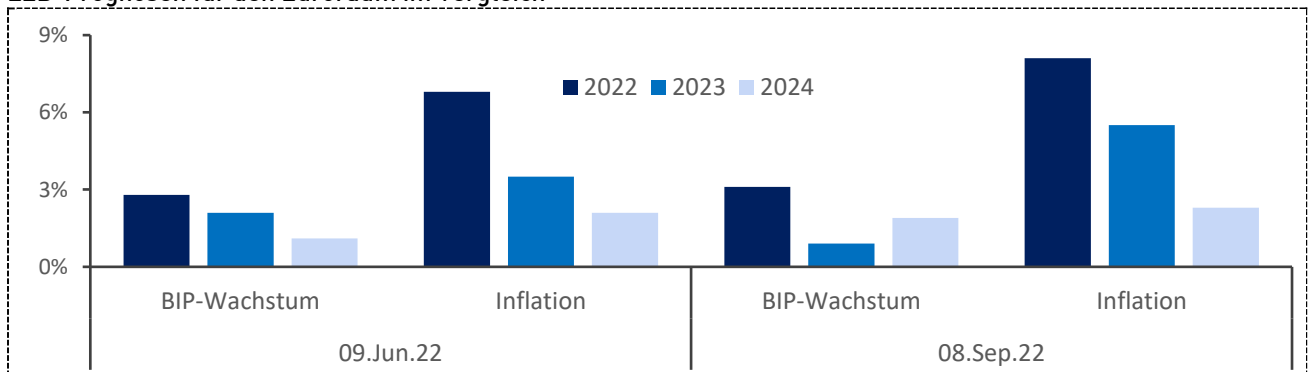
Der historische Anstieg der Inflation in den letzten 12 Monaten ist fast ausschließlich auf Güter und Dienstleistungen mit einem hohen Importanteil zurückzuführen. Darunter fallen Energie, Nahrungsmittel und von Lieferkettenproblemen geplagte Industriegüter.



Die EZB hat kürzlich ein neues Maß für die inländische Inflation vorgestellt, das die Importintensität der HVPI-Positionen berücksichtigt. Positionen mit einer geringen Importintensität (also unter 18 %) gelten dabei als Maß für den „hausgemachten“ oder inländischen Inflationsdruck. Denn je höher der Importanteil eines Konsumgutes ist, desto stärker sollten Preisveränderungen auf internationale Faktoren zurückzuführen sein. Auf österreichische Zahlen übertragen zeigt sich, dass der starke Anstieg der Gesamtinflation zwar hauptsächlich auf die importierte Inflation zurückzuführen ist, aber auch der inländische Inflationsdruck im vergangenen Jahr zugenommen hat.

Positionen mit geringer Importintensität umfassen vor allem Dienstleistungen. Bei den meisten von ihnen macht Energie zwar nur einen kleinen Teil der Produktionskosten aus, trotzdem hat der enorme Anstieg der Energiepreise (+47 % im HVPI) zu einem spürbaren Anstieg der Produktionskosten und dementsprechend der Dienstleistungspreise geführt.

EZB-Prognosen für den Euroraum im Vergleich



Die EZB hat ihre Inflationsprognosen bei ihrem letzten Treffen erneut nach oben revidiert, geht aber für die kommenden zwei Jahre weiterhin von einer schnell fallenden Inflationsrate aus. Infolge des konjunkturellen Abschwungs und dem bevorstehenden Ende des Basiseffekts durch die Rohstoffpreisanstiege dürfte die Inflation in den nächsten Monaten ihren Höchststand erreichen und dann bis Ende 2023 deutlich fallen.

Fazit: Unser Chart of the Week zeigt, dass der überwiegende Teil der Inflation importiert ist. Die EU gibt inzwischen fast **12 % ihres BIP für Energie** aus, das zeigt, dass die aktuelle Energiekrise schlimmer ist als die Ölschocks der 1970er-Jahre. Die Politik kann der Wirtschaft die Kostenlast daraus nicht komplett abnehmen, sollte sie aber so weit abfedern, dass sich Unternehmen auf die neuen Preisniveaus besser einstellen können. Ohne weitere Entlastungsmaßnahmen drohen Produktionskürzungen und in der Folge der Verlust von Arbeitsplätzen.